



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/270

18. November 1950

Einweisung
auf den Inhalt:

Um das Amt des Auswärtigen	S.1
Die Geheimnisse um Thorez	S.3
Die Entwicklung in Schlesw.-Holstein	S.4

Wer leitet "das Auswärtige"?

sp. Vor etwa acht Monaten hatte der Bundestag den Kanzler aufgefordert, einen Staatssekretär für das Auswärtige zu ernennen. Dr. Adenauer hat lediglich einen Staatssekretär ernannt, der in der Bundeskanzlei für das Innere und Äußere zuständig sein soll. Ein Sprecher der Opposition hatte in diesem Zusammenhang an den Märchenminister erinnert, der, wenn er seine Füße nach außen hielt, das auswärtige Ressort, wenn er sie nach innen drehte, das innere Ressort repräsentierte.

Aber vorerst kommt er gar nicht zur Wahrnehmung dieser Zuständigkeit, da er um die Verwirklichung des Schumanplanes bemüht bleibt. Ministerialdirektor Blankenhorn, der von Amts wegen die Abteilungen der "Dienststelle für das Auswärtige" koordinieren soll, hatte, bevor er den Autounfall erlitt, auch keine Zeit. Der Bundeskanzler selber nimmt wohl in Anspruch, für die Außenpolitik zuständig zu sein, doch dieser Anspruch kommt bisher nur bei der Abgabe außenpolitischer Erklärungen zur Geltung. Um den organisatorischen und personellen Aufbau des Auswärtigen Dienstes hat sich praktisch bisher nur der Bundestag gekümmert. Ein Unterausschuss des Ausschusses für das Auswärtige hat die Personalpolitik überprüft und wird demnächst das Ergebnis in einem Kommuniqué des Ausschusses bekanntgeben.

Der Ausschuss fand, daß die Organisation der "Dienststelle für das Auswärtige" im wesentlichen abgeschlossen ist. Die alten Berufsdiplomaten, die von der Bundesregierung mit dieser Aufgabe betraut worden waren, haben auch ohne Chef den Antrag, den Kern des neuen Auswärtigen

antes zu organisieren, ausgeführt. Sie haben sich dabei vorwiegend der Männer bedient, die zu ihrem vertrauten Kreis gehören. In untergeordneten Stellungen arbeiten in der Koblenzerstrasse wohl einige neue Leute, aber die Leiter und ihre Vertreter in den fünf Hauptabteilungen kommen aus der alten Wilhelmstrasse. Zum Teil verließen sie das alte "A.A." nach 1935/34, andere blieben aber bis 1945 und einige von diesen traten sogar erst nach 1936 in den Auswärtigen Dienst ein. Bei der Besetzung der ersten Generalkonsulate waren, wie man weiß, vor allem auch innenpolitische Erwägungen des Kanzlers bestimmend. Es droht geradezu ein Brauch zu werden, eigenwilligen Politikern oder zu schwachen Präsidenten Auslandsaufträge zu geben.

Zweifellos wäre es an der Zeit, den Auswirkungen dieser Methode auf den Auswärtigen Dienst vernünftige Grenzen zu setzen, die Personalpolitik der "Dienststelle für das Auswärtige" unter Kontrolle zu bekommen und vor allem die vielen Teilgebiete der Außenpolitik endlich zu koordinieren. Es geht in diesem besonderen Zusammenhang um eine Untersuchung der Qualifikation der alten Diplomaten bzw. der Neulinge als Ausgangsposition für einen funktionierenden Apparat und damit eine unerlässliche Voraussetzung für eine zweckmäßige außenpolitische Arbeit.

Außenpolitik besteht nicht aus der Abgabe von Erklärungen gegenüber Pressevertretern, auch nicht allein aus Gesprächen auf dem Petersberg (über die der Kanzler trotzdem Aufzeichnungen machen sollte.) Außenpolitik umfasst ein weit verzweigtes Gebiet, auf dem die Tätigkeit aller Instanzen gut aufeinander abgestimmt sein muß. Bisher hat sich der Kanzler der "Dienststelle für das Auswärtige" so gut wie gar nicht bedient, von einer Koordinierung der einzelnen wirtschaftlichen und politischen Aufgabengebiete gar nicht zu sprechen. Sogenannte private Besuche von CDU-Politikern in Paris oder Rom sind kein Ausgleich für diesen Mangel, sondern verstärken nur das Neben- oder gar Gegeneinander der außenpolitischen Willensäußerungen.

Von welcher Seite auch die Zusammenhänge der Außenpolitik und des Auswärtigen Dienstes untersucht werden mögen, die Notwendigkeit eines tatsächlich wirkenden Chefs ist immer das Ergebnis. Der gegenwärtige Zustand muß selbst die minimale außenpolitische Aktionsfähigkeit der Bundesrepublik weiter verringern. Es könnte überraschen, daß der Bundeskanzler, dessen Entschlüsse sonst oft Merkmale der Hast tragen, gerade in diesem Sektor mit der Ernennung des verantwortlichen Mannes zögert. Aber andererseits kommt man auch seine Vorstellung von seiner außenpolitischen Spezialbegabung.

Antes zu organisieren, ausgeführt. Sie haben sich dabei vorwiegend der Männer bedient, die zu ihrem vertrauten Kreis gehören. In untergeordneten Stellungen arbeiten in der Koblenzerstrasse wohl einige neue Leute, aber die Leiter und ihre Vertreter in den fünf Hauptabteilungen kommen aus der alten Wilhelmstrasse. Zum Teil verließen sie das alte "A.A." nach 1933/34, andere blieben aber bis 1945 und einige von diesen traten sogar erst nach 1936 in den Auswärtigen Dienst ein. Bei der Besetzung der ersten Generalkonsulate waren, wie man weiß, vor allem auch innenpolitische Erwägungen des Kanzlers bestimmend. Es droht geradezu ein Brauch zu werden, eigenwilligen Politikern oder zu schwachen Präsidenten Auslandsaufträge zu geben.

Zweifelloos wäre es an der Zeit, den Auswirkungen dieser Methode auf den Auswärtigen Dienst vernünftige Grenzen zu setzen, die Personalpolitik der "Dienststelle für das Auswärtige" unter Kontrolle zu bekommen und vor allem die vielen Teilgebiete der Außenpolitik endlich zu koordinieren. Es geht in diesem besonderen Zusammenhang um eine Untersuchung der Qualifikation der alten Diplomaten bzw. der Neulinge als Ausgangsposition für einen funktionierenden Apparat und damit eine unerlässliche Voraussetzung für eine zweckmässige außenpolitische Arbeit.

Außenpolitik besteht nicht aus der Abgabe von Erklärungen gegenüber Pressevertretern, auch nicht allein aus Gesprächen auf dem Petersberg (über die der Kanzler trotzdem Aufzeichnungen machen sollte.) Außenpolitik umfaßt ein weit verzweigtes Gebiet, auf dem die Tätigkeit aller Instanzen gut aufeinander abgestimmt sein muß. Bisher hat sich der Kanzler der "Dienststelle für das Auswärtige" so gut wie gar nicht bedient, von einer Koordinierung der einzelnen wirtschaftlichen und politischen Aufgabengebiete gar nicht zu sprechen. Sogenannte private Besuche von CDU-Politikern in Paris oder Rom sind kein Ausgleich für diesen Mangel, sondern verstärken nur das Neben- oder gar Gegeneinander der außenpolitischen Illensäußerungen.

Von welcher Seite auch die Zusammenhänge der Außenpolitik und des Auswärtigen Dienstes untersucht werden mögen, die Notwendigkeit eines tatsächlich wirkenden Chefs ist immer das Ergebnis. Der gegenwärtige Zustand muß selbst die minimale außenpolitische Aktionsfähigkeit der Bundesrepublik weiter verringern. Es könnte überraschen, daß der Bundeskanzler, dessen Entschlüsse sonst oft Merkmale der Hast tragen, gerade in diesem Sektor mit der Ernennung des verantwortlichen Mannes zögert. Aber andererseits kommt man auch keine Vorstellung von seiner außenpolitischen Spezialbegabung.

Die Geheimnisse um Thorez.

A.F. Paris, im November

Im Zusammenhang mit der plötzlichen Erkrankung des französischen Kommunistenführers Thorez hat es eine Reihe von Überraschungen gegeben. Zunächst kam ein russischer Arzt, obwohl Thorez bereits von den bekanntesten französischen Professoren behandelt wurde. Dieser Arzt brachte einen sogenannten Dolmetscher mit, der zweifellos wichtige politische Funktionen hatte. Nach zahlreichen täglichen Krankheitsberichten, die regelmässig von einer ständigen Besserung sprachen, erfuhr dann die französische Öffentlichkeit über das sowjetische und das eigene Außenministerium von der geplanten Entführung Thorez nach Moskau unter dem Vorwand eines unentbehrlichen Erholungsurlaubes, den er, vom medizinischen Standpunkt aus, genau so gut hätte in Frankreich verbringen können. Am Tage der Abreise von Thorez erfuhr man schließlich, daß Maurice Thorez nach wie vor auf einer Seite weitgehend gelähmt ist, das heißt, daß seine Krankheit viel ernster sei, als die kommunistische Zensur bisher hatte durchsickern lassen. Gleich geheimnisvoll ist, daß Thorez nach Rußland von seiner Frau, die eines der führenden Mitglieder der Partei und der Parlamentsfraktion ist, begleitet werden muß. Bisher stieß man in der kommunistischen Politik auf solche "Rücksichten" nur bei der Sippenhaft. Als letzte Überraschung kam die gleichzeitige Moskau-Reise des kommunistischen Abgeordneten und Mitgliedes des Parteivorstandes, Lecocur, der im allgemeinen, mit Recht oder Unrecht, als Thronfolger gilt.

Die zuständigen kommunistischen Stellen schweigen sich zu all diesen Dingen aus. Im Endeffekt aber ist das eigenartige und nicht erläuterte Vorgehen Moskaus dem Prestige der kommunistischen Partei Frankreichs nicht zuträglich gewesen. Wenn man auch die Rückwirkungen dieses Moskauer Eingriffs nicht überschätzen sollte - die Stärke der französischen KP liegt hauptsächlich auf sozialer Ebene, d.h. in der Notlage der Massen - besteht doch kein Zweifel, daß die plötzliche Entführung von Thorez in die Massen Verwirrung gebracht hat und manchen Kommunisten zum Nachdenken veranlassen könnte.

Dabei ist noch garnicht sicher, ob man ohne weiteres von einer Kaltstellung Thorez sprechen kann. Es könnte sehr wohl das Gegenteil der Fall sein. Der französische Kommunistenführer war stets ein getreuer Diener seines Herrn im Kreml. Er hatte die Kriegsjahre in Moskau verbracht, was für die russische Beurteilung seiner Persönlichkeit stark ins Gewicht fallen muß. In der bisherigen Haltung von Thorez

läßt nichts etwaige titolistische Absichten voraussetzen. Trotzdem mag es zweifelhaft sein, ob Thorez das restlose Vertrauen der Herren im Krenl besitzt. Er gehörte nie der rücksichtslosen und fanatischen Richtung innerhalb seiner eigenen Partei an und erfreut sich zudem, was in Moskau nie gerne gesehen wird, innerhalb der französischen Massen wegen seiner Jovialität ausgesprochenen Popularität. Man sagt ihm ferner noch, sich trotz seiner Moskauhörigkeit stets als Franzose gefühlt zu haben. Wenn die kommunistische Partei Frankreichs vor einer Krise steht, hätte demnach Thorez für Moskau zu einer Gefahr werden können. Wie weit diese Spekulation berechtigt ist, ist allerdings schwer zu sagen.

Um die Nachfolgerschaft von Thorez werden nun die Harten und die Weichen heftig ringen. Vorläufig setzte sich mit dem bisherigen Vorsitzenden der Parlamentsgruppe, Jacques Duclos, die sogenannte gemäßigtere Richtung durch, hauptsächlich, weil die Fanatiker noch über keine geeignete, genügend volkstümliche Persönlichkeit verfügen. Der Nachwuchs, d.h. der oben erwähnte Lecocur und Etienne Fajon, weitgehend ein Theoretiker, ist noch zu jung. Neben Duclos gibt es in der Partei noch eine zweite, in den Arbeitermassen beliebte Persönlichkeit, den jetzigen Gewerkschaftsführer Benoit Frachon, der möglicherweise von der kommunistischen Gewerkschaft wieder in die Parteileitung zurückkommen wird. Selbstverständlich fallen die Entscheidungen in Moskau, und es wäre völlig verfehlt, in der Wahl des einen oder anderen Kommunisten etwa ein Anzeichen für einen politischen Kurswechsel zu sehen.

BHE auf Abwegen.

E.M. Keine Regierung in Schleswig-Holstein, auch eine rein bürgerliche nicht, kann an der Masse der hier untergebrachten Flüchtlinge vorbeigehen. Die SPD hat, als sie noch Regierungspartei war, diesen Gegebenheiten Rechnung getragen, soweit es die Notlage des Landes zuließ und sie hat eine Reihe von entsprechenden sozialen Gesetzen zustande gebracht. Dazu gehörte auch das Gesetz über die Bodenreform und die Schulgeldfreiheit, die beide in der Landesverfassung verankert wurden, damit ihr Bestand einigermaßen gesichert erscheine.

Daß der bürgerliche Wahlblock die Vorteile dieser Sicherung mit dem Fernziel einer gänzlichen Beseitigung abschaffen will, ist erklärlich; daß das aber ausgerechnet mit Hilfe der Vertriebenen-Partei geschehen ist, zeigt, wohin der BHE in seiner unnatürlichen Patenschaft mit dem Wahlblock abgetrieben wird. Zwar erklärten die neuen Ra-

gierungsparteien, die Schulgeldfreiheit werde praktisch nicht gänzlich abgeschafft werden. Man werde ein neues Schulgesetz ausarbeiten; erst ab etwa 500 DM Monatseinkommen werde Schulgeld für den Grundschulunterricht erhoben werden. Von Sachverständigen wird indessen darauf hingewiesen, daß eine solche Regelung praktisch keinen nennenswerten Gewinn für das Land bringen könne, da die Anzahl der so hoch dotierten Einkommensempfänger vergleichsweise sehr gering sei. Warum also, so fragen nicht nur die Anhänger der Oppositionspartei, wird jetzt eine Organisationsfrage des Schulwesens (sechsjährige Grundschule) beseitigt, die als die fortschrittlichste in der gesamten Bundesrepublik gilt und erst kürzlich von den Ländern Hamburg und Bremen übernommen wurde?

Bei der Bodenreform, so interpretierte Ministerpräsident Dr. Sartram die neue Politik, würden die bisherigen Richtlinien beibehalten werden, man habe lediglich einen "Schönheitsfehler" der Verfassung beseitigen wollen. Indessen, eine der ersten Handlungen des neuen Landwirtschaftsministers, Otto Wittenburg (DP), bestand darin, daß er die Aufteilung des Gutes Loitmark bei Kappeln im Landesteil Schleswig unter einem fadenscheinigen Anlaß untersagte. Er genehmigte lediglich einen für drei Jahre abgeschlossenen Pachtvertrag. Das Gut gehört einem Mehrfach-Großgrundbesitzer.

Der BHE hat bisher diese Regierungspolitik gebilligt. Sein "erster Mann", Waldemar Kraft, erklärte vor der Presse, im Kabinett bestehe völlige Einigkeit über die getroffenen Maßnahmen, und im Landtag bezeichnete Frau Dr. Lena Ohnesorge-Voß (BHE) die Abschaffung der Schulgeldfreiheit zwar als einen "sozial- und kulturpolitischen Rückschritt", aber ihre Partei wolle, so führte die BHE-Abgeordnete aus, dennoch dafür stimmen, da der Wahlblock versprochen habe, für ein neues Schulgesetz einzutreten, das die sozialen Belange der Heimatvertriebenen berücksichtige.

"Wir gehen in Schleswig-Holstein auf allen Gebieten einer rückläufigen Entwicklung entgegen," sagte ein hoher (parteipolitisch unabhängiger) Regierungsbeamter unserem Korrespondenten. "Die Kräfte der Vergangenheit haben offensichtlich Oberwasser bekommen. Es wird interessant sein zu beobachten, wie lange dieser Prozeß noch anhalten wird."